

Konrad-Adenauer-Stiftung
Washington



**WHAT THE WORLD WANTS
FROM AMERICA**

Marielle Eckes

Washington, D.C. Januar 2005

Konrad-Adenauer-Stiftung Washington
20005 Massachusetts Avenue, NW
Washington, DC 20036
USA

Tel. 202-986-9460
Fax. 202-986-9458
info@kasusa.org

Erwartungen und Mahnungen aus aller Welt an George W. Bushs zweite Amtszeit

Die zweite Amtszeit von George W. Bush hat offiziell begonnen. Vor dem Kapitol in Washington DC legte der 43. US-Präsident den Amtseid ab. In seiner mit großer Spannung erwarteten Antrittsrede verkündete er erneut seine Vision, Freiheit und Demokratie nicht nur in Amerika zu bewahren sondern auch in den Rest der Welt zu tragen.

Trotz seiner Wiederwahl, genießt dieser Präsident geringere Zustimmungsraten als andere Präsidenten vor ihm, die für eine zweite Amtszeit gewählt wurden. In einer neuen Umfrage der New York Times äußerten sich nur 49 Prozent der Bevölkerung positiv über seine Amtsführung. Bill Clinton und Ronald Reagan erzielten bei ihrem zweiten Amtsantritt Zustimmungsraten von über 60 Prozent.

Auch im Ausland hat sich das Image von Bush und Amerika besonders seit dem Irakkrieg stark verschlechtert. Eine Umfrage des BBC-Senders ergab, daß 60 Prozent der Befragten durch Bushs Wiederwahl negative Auswirkungen für den Frieden und die Sicherheit in der Welt befürchten. 47 Prozent der fast 22.000 Befragten bewerten den Einfluß der USA auf die Welt als negativ. Und dieses negative Image wird auch auf die amerikanische Bevölkerung übertragen. Nur Bewohner in Indien, Polen und den Philippinen sind der Meinung, daß die zweite Amtszeit von George W. Bush die Welt sicherer macht.

Globaler Mißmut macht sich zum Auftakt seiner zweiten Amtszeit bemerkbar, auch im Hinblick auf sein neues außenpolitisches Team. Länder rund um den Globus, ob Bündnispartner oder nicht, wollen erhört werden – was Terrorismus angeht aber auch andere Themen wie Entwicklung, Handel, Umwelt und den schwachen Dollar.

Dieses Stimmungsbild greifen auch die Medien in Amerika auf. Kurz vor der Amtseinführung veröffentlichte die *New York Times* eine Serie von Artikeln der Auslandskorrespondenten, welche die Erwartungen ihrer Region und deren Politiker an Bush, seine Politik und sein Kabinett aufführten. Die Überschrift lautete: „What the World Wants From America.“ Hier ein Überblick:

China – It's just Business. Alles dreht sich ums Geschäft

Nur wenige Länder profitieren derzeit so sehr vom international Status Quo wie China. Steigende Exporte, vor allem in die USA, haben China ein enormes Außenhandelsplus beschert. Die chinesische Wirtschaftskraft verdoppelt sich alle 10 Jahre, die Einkommen steigen stetig an, vor allem in den Großstädten. Der Handel mit Amerika spielt eine große Rolle in Chinas enormem Wachstum. Die positive Handelsbilanz gegenüber den USA beträgt mehr als ein Zehntel des chinesischen Bruttoinlandproduktes. Das Land ist demnach durch das

amerikanische Verbraucherverhalten sowohl begünstigt als auch hochgradig davon abhängig. Diese Abhängigkeit macht China nervös, besonders wenn die Bush-Administration damit droht, Import-Beschränkungen zu verhängen.

Während China sich in den letzten Jahren primär darum bemüht hat, Millionen von Bürgern Arbeit zu beschaffen, haben geopolitische Entwicklungen, wie der Irakkrieg, eine nebensächliche Rolle gespielt. So soll es auch weiterhin bleiben. Wichtig für sie: Gesicherte Seestraßen für die ansteigenden Öleinfuhren, die vor allem durch die amerikanische Navy gesichert werden. Und das heikelste Thema bleibt weiterhin Amerikas Rolle in Taiwan. China warnte die USA in den vergangenen Wochen erneut, vor der militärischen Unterstützung der Insel.

Rußland – Ihr geht Euren Weg, laßt uns unseren gehen

Präsident Putin verlangt von den USA nicht so sehr Respekt als vielmehr ein Ende der unerwünschten Einschüchterungen und Einmischungen. Sein Umgang mit der juristischen Verfolgung des Yukos Konzerns, einst des Landes größter und westlich-orientiertester Ölproduzenten, hat Putins Indifferenz gegenüber amerikanischen Standards von Transparenz und Rechtsstaatlichkeit ans Tageslicht gebracht. Selbst die anfänglich strategische Partnerschaft im Kampf gegen den Terrorismus hat, bedingt durch Bedenken über Amerikas Verwicklung in die traditionell russische Einflußsphäre, stark einbüßen müssen. Putins Rhetorik vermittelt den Anschein, daß er, ungeachtet amerikanischer Kritik ein politisch, wirtschaftlich und militärisch starkes Rußland wiederherstellen will. Der russische Außenminister Sergei Lawrow erklärte kürzlich: "Die Innenpolitik Rußlands ist unsere innere Angelegenheit" und kommentierte somit die Aussagen der designierten US-Außenministerin Condoleezza Rice vor dem amerikanischen Senat, die USA würden den innerrussischen Vorgängen, der Entwicklung von Demokratie und Menschenrechten, künftig mehr Aufmerksamkeit widmen. Moskau werde es nicht zulassen, daß die innerhalb des Landes gefällten Entscheidungen dazu benutzt würden, um zum Kalten Krieg zurückzukehren, so Lawrow.

Das Land verfolgt seine eigenen Interessen und Putin hat seine eigenen Vorstellungen, wie er diese durchsetzen will – dies läßt der neuen Bush-Administration nur bedingt Handlungsspielraum, sollte es bestimmte Wünsche oder Forderungen an Rußland haben.

Europa – ‚Schluß machen‘ ist schwierig

Europa erkennt an, daß die transatlantische Allianz längst nicht mehr das ist, was sie mal war. Meinungsunterschiede im Hinblick auf den Irak, die öffentlichen Hoffnungen vieler Europäer auf eine Niederlage Bushs und auch die amerikanische Toleranz eines schwachen Dollars sind Beleg einer Beziehung, die zunehmend

von gegenseitigen Mißverständnissen geprägt ist. Für viele bedeutet dies, realistischere Erwartungen an Amerika zu stellen und die Anerkennung, daß der politische und strategische Schwerpunkt der amerikanischen Außenpolitik nach Westen verlagert wurde, in Richtung Asien.

Es bleiben jedoch Möglichkeiten der Kooperation, wie zum Beispiel im Umgang mit dem Iran oder im Friedensprozeß im Mittleren Osten. Kurzfristig fordern Europäer von ihrem Partner die Eindämmung ihres Handels- und Staatsdefizits, das den Dollar stärken und somit den Druck auf den Euro verringern würde. Zudem wünschen Europäer und besonders Tony Blair, eine klares und nachhaltiges Engagement der zweiten Bush Administration zur Lösung des palästinensisch-israelischen Konflikts.

Die turbulenten Ereignisse der vergangenen Jahre haben gezeigt, daß die jeweiligen Stärken der beiden Regionen sich ergänzen: Amerikas militärische Macht und unerschütterlichen politischen Prinzipien und Europas Hingabe und Fähigkeit, multilaterale Lösungen zu finden.

Ost Asien – Konstruktive Geduld mit Nord Korea

„Nord Korea ist kein Land, sondern ein Kult. Im Umgang mit einem Kult, ist es nicht besonders produktiv, den Führer als böse und Zwergmensch zu bezeichnen, wie Präsident Bush es getan hat.“ Nachdem keine Verbesserung in den Beziehungen zu Nordkorea abzusehen ist, fordern Asiaten einen neuen Ansatz in der amerikanischen Politik gegenüber Nordkorea – einen Ansatz, der praktische Ergebnisse in kleinem Maße anstrebt, auch wenn dies einen zivileren Umgang mit dem Diktator Kim Jong Il beinhaltet. Die Region ist sich bewußt, daß eine plötzliche Veränderung innerhalb Nordkoreas, sei es durch externe oder interne Ursachen, katastrophale Folgen für den Rest der Region haben würde, sei es durch die Gefahr der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen oder den Fluß von Einwanderern aus dem Norden.

Nordkorea gilt als eines der repressivsten Länder, Südkorea gehört zu den freiesten (Freedom House Ranking). Das Durchschnittseinkommen in Südkorea ist mindestens zehnmal so groß wie das seines nördlichen Nachbarn. In Anbetracht dieser bedeutenden Differenzen, bevorzugen die Südkoreaner eine graduelle Annäherung, über möglicherweise 50 Jahre, die durch anfängliche wirtschaftliche Bindungen vorangetrieben werden soll. Konservative Koalition in Amerika würden einen schnellen Kollaps bevorzugen und möchten diesen Prozeß beschleunigen, indem sie zum Beispiel die Nordhälfte der Halbinsel mit tragbaren Radios überfluten, die Signale aus dem Ausland empfangen. Beamte in beiden Hauptstädten wollen dagegen regionale Verhandlungen neu beleben.

Afrika – Hilfe zur Selbsthilfe

Anstatt Dollars, Drogen oder Stationierungen, fordert Afrika eine Veränderung der amerikanischen Entwicklungs-Philosophie: Afrikanische Lösungen für afrikanische Probleme. Anstatt Förderungsmittel bevorzugen sie den Erlaß ihrer Auslandsschulden; sie fordern, teure patentierte Medikamente durch Generika zu ersetzen um den Kampf gegen Aids zu stärken; und anstatt Marines in Problemzonen zu senden, fordern sie logistische Unterstützung für die afrikanischen Friedenstruppen. Das gleiche gilt für die Pflege der Demokratie auf dem Kontinent und die amerikanische Angewohnheit, afrikanische Bemühungen zu beurteilen, indem sie Wahlen öffentlich als frei, fair oder unfair beurteilen. Afrikanische Wahlen sollten zukünftig von afrikanischen Beauftragten beobachtet werden. Auch im wirtschaftlichen Bereich und insbesondere der Agrarwirtschaft fordern afrikanische Führer von Amerika, ihre Handelsbarrieren und Subventionen zu reduzieren.

Lateinamerika – Hey, Remember Us, Right next Door?

Im Präsidentschaftswahlkampf 2000 hatte der damalige Gouverneur von Texas, George W. Bush, plakativ sein besonderes Interesse an Lateinamerika bekundet. Seit dem 11. September 2001 jedoch scheint die Region außerhalb des amerikanischen Radars gelangt zu sein. Folglich beklagt sich der südliche Nachbar über ein Aufmerksamkeitsdefizit von seiten der US-Administration. Und die Ansicht ist weit verbreitet, daß Washington das Interesse an der Region verloren hat. Im globalen Kampf gegen den Terrorismus, dessen Schwerpunkt in Afghanistan und Irak liegt, spielt die westliche Hemisphäre eine eher untergeordnete Rolle, wie es während der meisten Zeit des Kalten Krieges der Fall war, obwohl die Region damals noch Momente amerikanischer Aufmerksamkeit ‚genoß‘ (Kuba, Nikaragua, Chile). Die erste und nachhaltigste Konsequenz ist, daß das Ansehen der USA und der Bush-Administration in der lateinamerikanischen Öffentlichkeit und der Respekt, der dem Land hier früher entgegengebracht wurde, fast auf den Nullpunkt abgesunken sind.

Insbesondere die Differenzen in der Handelspolitik haben die Beziehungen verschlechtert. Nach Meinung vieler Lateinamerikaner, liegen amerikanische Prioritäten in der Realisierung ihrer kommerziellen Interessen, weniger in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zur Förderung von Entwicklung und Wachstum in der Region. Dies hat dazu geführt, daß sich die Region neu orientiert und versucht, die Abhängigkeit von seinem Nachbar zu reduzieren. Mehrere Länder teilen nun ihren Handel in gleichen Teilen zwischen den USA, Europa und Asien auf. Im letzten Jahr war der Großteil des wirtschaftlichen Wachstums bedingt durch den blühenden Handel mit China. Die abnehmende Bereitschaft der lateinamerikanischen Regierungen, sich den Diktaten Washingtons auch in Fragen der regionalen Sicherheit zu beugen, hat viel mit der Erkenntnis zu tun, daß das Militär im Irak bis an seine Grenzen gefordert ist, und daß der Dollar

sich auf den internationalen Märkten im Sinkflug befindet. Kurz gesagt, die USA übt nicht mehr die ungebrochene Vorherrschaft in der Hemisphäre aus, die amerikanische Politiker immer gerne als "unseren Hinterhof" bezeichnet haben.

Die Arabische Welt – „Can't live with; Can't live without“

Der Krieg im Irak und der Konflikt im Mittleren Osten dominieren derzeit die arabisch-amerikanischen Beziehungen. Nach Meinung vieler Araber sind dies die beiden Zwillingsübel, die durch die derzeitige Politik der Amerikaner nur ausgedehnt werden. Viele in der Region sind der Meinung, hinter der derzeitigen Nahost-Politik der Bush-Administration stünde eine Verschwörung christlich-fundamentalistischer und zionistischer Kreise. Die Region brodeln mit Abneigung gegenüber der USA und seiner offensichtlichen Verachtung der arabischen Bevölkerung. Obwohl diese Abneigung weit verbreitet und tief greifend ist, sind sich pragmatischere Araber jedoch bewußt, daß sie auch nicht ohne die USA auskommen würden, insbesondere im Hinblick auf inländische, regionale und globale Zielsetzungen. Keine der beiden Seiten kann die andere ignorieren.

Der Ausweg wäre, die Frage des Friedens in der Region auf ebenso ernsthafte wie nachhaltige Weise anzugehen und dabei, anders als die derzeitige US-Regierung, nicht fast ausschließlich auf das Mittel der Gewalt zurückzugreifen. Die arabische Welt fordert ein Minimum an Stabilität im Irak und eine seriöse Zuwendung zum Friedensprozeß. Die USA müsse sich im Schulterschuß mit den Vereinten Nationen und den Europäern ernsthaft darum bemühen, einen klaren und ausgewogenen Vorschlag für die Lösung des palästinensisch-israelischen Konflikts auszuarbeiten und somit, eine Quelle von Gewalt und Extremismus in der Region entfernen. Letztendlich hoffen solche Araber, welche die Hoffnung noch nicht aufgegeben haben, auf eine Erfolgsgeschichte und den Beweis dafür, daß Zusammenarbeit mit den USA die Sache wert ist.

Dies sind die Meldungen aus dem Ausland – Mahnungen, Erwartungen und Forderungen an Bushs zweite Amtszeit – sowie sie Amerikaner, beziehungsweise die ‚informierten‘ Amerikaner, die sich mit den außenpolitischen Herausforderungen des Landes befassen und durch die Medien über aktuelle Entwicklungen im Bilde sind, zu lesen bekommen. Sie zeichnen ein Bild von zunehmender Divergenz zum Rest der Welt, bieten jedoch auch Wege der Kooperation und friedlicheren Koexistenz. Man darf jedoch nicht vergessen, daß diese Mahnungen von weiten Teilen des Landes nicht wahrgenommen werden und somit die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse anderer Regionen, die durch die amerikanische Außenpolitik betroffen sind, oft außer Acht gelassen oder mißverstanden werden.

„The price of power is that everyone wants to tell you how to use it“